

# Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,  
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

## Realitäten

Weitgehend unbeachtet von den deutschen Medien hat das ifo-Institut kürzlich eine düstere Zwischenbilanz der bisherigen Kosten und Haftungsrisiken der Euro-Rettung gezogen. Danach haftet Deutschland schon heute mit 379 Mrd. EUR für die künstliche Beatmung der faktisch gescheiterten Gemeinschaftswährung. Addiert man die zusätzlich in Aussicht gestellten Rettungsgelder und die Target 2-Risiken hinzu, so könnten insgesamt 513 Mrd. an (nicht vorhandenen) deutschen Steuergeldern im Feuer stehen. Dazu ifo-Chef Hans-Werner Sinn: „Es ist keine Illusion, es sind keine irrelevanten Salden, es sind keine Verrechnungsposten. Es sind Lebenswirklichkeiten, die sich hinter diesen Zahlen verbergen.“

## „Starkes Signal“

Deutschland soll Zahlmeister für europäische Arbeitslose werden. Das fordert zumindest der EU-Sozialkommissar Laszlo Andor mit Unterstützung Frankreichs und Italiens. Die französische Regierung kaschiert den gewünschten Zugriff auf die deutsche Staatskasse mit der hehren Umschreibung: „Die Vergemeinschaftung der nationalen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung in der Euro-Zone wäre ein starkes Signal der Integration und Solidarität.“ Durch dieses Selbstbedienungsmodell würde die im Maastricht-Vertrag ausdrücklich ausgeschlossene Transferunion über die Hintertreppe realisiert. Als erste „Abwehrreaktion“ hat das Bundesarbeitsministerium in einer beinharten Stellungnahme erklärt: „Gegen die Idee der Einführung einer europäischen Ar-

beitslosenversicherung bestehen in der Bundesregierung Bedenken.“

## Subventionen

Der Online-Händler Zalando ist einer der größten Subventionsempfänger im deutschen Einzelhandel. Nach Recherchen der „Wirtschaftswoche“ wurden dem Unternehmen in den letzten Jahren Fördermittel von über 35 Mio. EUR bewilligt. So kamen vom Land Thüringen Gelder in Höhe von 22,4 Mio. EUR für die Ansiedlung des Zalando-Logistikzentrums in Erfurt. Das Land Berlin spendierte zwischen 2010 und 2013 Investitionszuschüsse von 10,6 Mio. EUR. Und das Land Brandenburg legte 2,5 Mio. EUR für ein weiteres Logistikzentrum im Havelland auf den Tisch. Von Politikern aller Lager wird diese Subventionierung meist mit den Zielen der Wirtschaftsförderung und der Schaffung neuer Arbeitsplätze gerechtfertigt. Kritisch im Sinne der marktwirtschaftlichen Ordnung sind solche staatlichen Eingriffe allerdings immer dann, wenn sie zu Wettbewerbsverzerrungen am Markt und zu ungerechtfertigten Vorteilen für die Kapitaleigner führen. Die Krisenbranche Einzelhandel hat derzeit alle Hände voll zu tun, um der massiven Verdrängung durch die Online-Händler standzuhalten. In einer solchen Lage sollte die Waffengleichheit durch staatliche Eingriffe nicht weiter zugunsten der Großanbieter verschoben werden. Voraussichtlich noch in diesem Herbst werden die Zalando-Gründer ihr Unternehmen an die Börse bringen und – auch zulasten der Steuerzahler – Kasse machen.

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

## Schleichende Enteignung

Die deutlich unter der Inflationsrate liegenden Zinsen führen zu einer schleichenden Enteignung der deutschen Sparer. Die Privathaushalte werden immer mehr zum wirtschaftlichen Verlierer der Schuldenkrise. Über 40% des Geldvermögens schlummert hierzulande auf Tagesgeld- oder Sparkonten. Bis Ende 2018 werden die Kontoinhaber durch die Niedrigzinsen etwa 230 Mrd. an realer Kaufkraft verlieren. Dieser „Nebeneffekt“ wird offenbar von der EZB billigend in Kauf genommen. Gleichzeitig wird der volkswirtschaftliche Grundsatz, dass Sparen als Konsumverzicht durch angemessene Verzinsung zu honorieren ist, ausgehebelt.

## Modell für Schuldenunion?

Die Wiedervereinigung hat die Deutschen – einer neuen Studie zufolge – bisher rund 2 Billionen EUR gekostet. Davon seien bis zu 65% in den Sozialbereich, vor allem in die Rentenangleichung, geflossen. Die direkten und abschließlichen Finanztransfers von West nach Ost beliefen sich auf rund 560 Mrd. EUR. Zwischen 1991 und 2013 flossen jährlich zwischen 8 und 14,5 Mrd. in wachstumsfördernde Maßnahmen für die neuen Bundesländer. Insgesamt liegen die Kosten für die Wiederherstellung der nationalen Einheit weit über allen seinerzeit durchgeführten Langzeit-

prognosen. All das war nur möglich vor dem Hintergrund eines mit großer Mehrheit ausgestateten Konsenses in der Bevölkerung. Nicht nur in den südeuropäischen Ländern liebäugeln jetzt immer mehr Politiker mit der Finanzierung der deutschen Wiedervereinigung als Modell für eine Schulden- und Währungsunion im Euro-Raum.

## Spendenmafia

Über 5 Mrd. EUR werden in Deutschland jährlich für gemeinnützige und mildtätige Zwecke gespendet. Neben den seriösen Einrichtungen tummeln sich hier immer mehr halbseidene oder gar kriminelle Organisationen, die die gesammelten Spendengelder missbräuchlich einsetzen oder gar veruntreuen. Konsequenterweise wird dabei die Mittelds-Klaviatur bespielt, um die Bürger für die angebliche Unterstützung von Kinder- und Tierenschutz-Projekten zur Kasse zu bitten. Erleichtert werden solche Betrügereien durch fehlende Veröffentlichungspflichten im Vereinsrecht. Vor allem die Transparenz bei der Verwendung von Spendengeldern ist völlig unzureichend. Interessante Informationen über diese skandalöse Grauzone zwischen Gemeinsinn und Selbstbereicherung bietet das Buch „Die Spendenmafia. Schmutzige Geschäfte mit unserem Mitleid“ von Stefan Loipfinger (Knauer Verlag).